



Niedersächsischer Landtag

Heiner Schönecke

Mitglied der CDU-Landtagsfraktion

Vorsitzender Haushaltsrechnungsausschuss

Folgen Sie mir auch auf

[Facebook](#)

und

[YouTube](#)

Unser Land **nach vorne** bringen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Nun ist es passiert, der Wähler hat gesprochen und Niedersachsen schaut auf seine gewählten Politiker. Diese fragen sich zu Recht, „Was machen wir mit dem Ergebnis?“

Ich persönlich freue mich über mein Ergebnis, obwohl ich mir ehrlicherweise ein besseres gewünscht hätte. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Helfern sehr herzlich bedanken. Viele Menschen haben mich durch die letzten fünf Jahre begleitet und mich bei meiner politischen Arbeit unterstützt. Ich werde das Ergebnis als klaren Auftrag nehmen mich auch weiterhin intensiv für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu engagieren

Es dauerte Tage bis Ministerpräsident Weil feststellte, dass Rot-Grün abgewählt war. Noch versucht er Rot-Grün, mit Hilfe der FDP, erneut Leben einzuhauchen. Die FDP lehnt es vehement ab der Steigbügelhalter für eine Neuauflage dieser Politik zu sein. Die neue Fraktion der Grünen lehnt andere Bündnisse wie z.B. Jamaika bereits vor gemeinsamen Gesprächen ab.

Was passiert wenn alle nur an die eigenen Vor- und Nachteile und Befindlichkeiten denken, erst einmal nichts. Man spricht von Zweckbündnissen und Koalitionen auf Zeit. Bernd Althusmann signalisierte sofort nach der Wahl Gesprächsbereitschaft und erklärte aber gleichzeitig, „die CDU läuft niemandem hinterher“.

Die CDU ist gut beraten deutlich zu machen, dass eine GroKo nur auf Augenhöhe funktionieren kann.

Für die nächsten Jahre müssen klare Ziele formuliert werden und als Aufgaben ausgearbeitet werden. Ein schlichtes Verteilen von Posten und Positionen hält vielleicht bis zum nächsten politischen Sturm. Niedersachsen stünden dann wieder unruhige Zeiten bevor, das kann weder das Land noch die CDU gebrauchen. Es muss bei den anstehenden Verhandlungen um Lösungen gehen.

Die Vertreter der CDU aus dem Landkreis Harburg sind auch deshalb direkt nach Hannover gewählt worden, damit endlich die „Baustellen“ abgearbeitet werden. Die Wähler haben einen Anspruch darauf, dass die Probleme vor Ort endlich zwischen Hannover und Hamburg gelöst werden.

Wir werden darauf achten, dass am Ende der Verhandlungen der Landkreis Harburg in den nächsten fünf Jahren nicht der Verlierer sondern ganz Niedersachsen der Gewinner ist.

Mit freundlichen Grüßen aus Hannover

Heiner Schönecke, MdL

Der Spruch am Anfang

„Ein Kompromiss, das ist die Kunst, einen Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen.“

Ludwig Erhard (CDU)

Niedersächsischer Landtag nach Umbau mit Festakt eröffnet

Mehr als drei Jahre lang wurde der Landtag komplett entkernt, saniert und umgebaut. 58,2 Millionen Euro flossen in das Projekt. Beim Festakt zur Eröffnung würdigten Redner die parlamentarische Demokratie und den Föderalismus in Deutschland.



Nach mehr als drei Jahren Umbauzeit ist der niedersächsische Landtag am Freitag mit einem Festakt wiedereröffnet worden. Als Festredner würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Parlamente als Orte politischer Kultur.

Über drei Jahre lang war das Gebäude, das sogenannte Leineschloss, komplett entkernt, saniert und umgebaut worden. Vor dem 58,2 Millionen Euro teuren Umbau gelangte kein Tageslicht in den Plenarsaal, nun ist der neue Saal lichtdurchflutet. Auch über einen Neubau des Landtags war lange Zeit diskutiert worden - dagegen sprach

unter anderem, dass die Außenseiten des Schlosses aus dem 17. Jahrhundert samt Anbau unter Denkmalschutz stehen.

Bundespräsident Steinmeier sagte, politische Kultur müsse von den Abgeordneten gepflegt werden, sie sei kein einmal erworbener Verdienst. „Demokratie verträgt keine Sprache der Gewalt und der Feindseligkeit, keine Leugnung der Vergangenheit und der Verantwortung, die aus ihr entsteht“, sagte Steinmeier.

Parlamentspräsident Bernd Busemann hob die herausragende Bedeutung des Föderalismus in Deutschland hervor. „Der Vergleich mit vielen anderen Demokratien weltweit zeigt es: Unsere föderal aufgebaute Demokratie hat Deutschland, hat Niedersachsen stabil, stark und wohlhabend gemacht“, sagte er bei dem Festakt.

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) betonte, die parlamentarische Demokratie habe sich in den vergangenen 70 Jahren in Niedersachsen bewährt. Kein Gebäude stehe symbolisch so sehr dafür wie der Landtag. „Die demokratische Substanz in Niedersachsen ist stark und vital.“ Dies habe nicht zuletzt die Landtagswahl gezeigt, sagte er mit Blick auf die gestiegene Wahlbeteiligung und die unterdurchschnittlichen Ergebnisse von AfD und Linken.



Die Einweihung des Landtags mit allen "Alten und Neuen" der Lüneburger Gruppe

Land gibt den Kommunen Geld für die Betreuung von Prostituierten

Im Streit um die Ausgestaltung des kürzlich in Kraft getretenen Prostitutionsschutzgesetzes bewegen sich die Kommunen und das Sozialministerium aufeinander zu. Das Land ist nach Angaben des Niedersächsischen Städtetags nach anfänglichem Zögern inzwischen bereit, den Kommunen eine jährliche Finanzspritze zu geben, um die Registrierung von Prostituierten und die Kontrolle von Bordellen bewältigen zu können. 3,17 Millionen Euro sollen demnach erstmals zum 31. März kommenden Jahres an die Kommunen überwiesen werden, der Anteil berechnet sich nach der Einwohnerzahl. Auch in den folgenden Jahren soll es Geld vom Land für die Umsetzung des Gesetzes geben. Zudem will sich das Ministerium mit den kommunalen Spitzenverbänden treffen, um die weitere Ausgestaltung der Finanzierung und einer Evaluation besprechen, wie aus einem Schreiben an die Verbände hervorgeht. Allerdings soll das Treffen erst unter dem künftigen Sozialminister angesetzt werden – von dem noch absolut unklar ist, wer es werden könnte. „Wir begrüßen es, dass das Sozialministerium sich der Problematik annimmt“, sagt ein Sprecher des Städtetags. Auch der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) zeigt sich zufrieden mit dem Entgegenkommen des Landes. „Wir hoffen nun, dass in den kommenden Gesprächen etwas Gutes für die Kommunen erreicht wird“, sagt NSGB-Sprecher Torsten Bullerdiek.

Knackpunkt für die Kommunen ist vor allem die Finanzierung der Umsetzung des zum 1. Juli vom Bundestag beschlossenen Gesetzes. Es sieht vor, dass alle als Prostituierte arbeitenden Menschen sich bei den Gesundheitsbehörden anmelden müssen. Dort bekommen sie eine Gesundheitsberatung und einen Ausweis, der maximal alle zwei Jahre verlängert werden muss. Auch zum Betrieb von Bordellen ist nun eine Anmeldung nötig. In Niedersachsen haben die Gesundheitsbehörden der Kommunen die Aufgaben der Anmeldung, der Beratung und der Kontrolle übertragen bekommen. Dafür dürfen sie Gebühren nehmen. Doch diese reichen nach Ansicht der Kommunen bei weitem nicht aus, um die entstehenden Kosten zu decken. Die jährliche Zahlung der drei Millionen Euro sind ein Anfang, doch die Kommunen haben auf einer Evaluation bestanden, um die tatsächlich entstehenden Kosten und Probleme zu erfahren. „Momentan können wir ja nur mit Schätzgrößen rechnen“, sagt der Sprecher des Städtetags. Er verweist auf Nordrhein-Westfalen, wo das Land den Kommunen sogar 6,3 Millionen Euro für die Umsetzung des Gesetzes zugibt. „Allerdings ist die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen um einiges größer als in Niedersachsen.“ Um die tatsächlichen Kosten für die niedersächsischen Kommunen zu ermitteln, soll daher bis 2019 stichprobenartig erfasst werden, wie viel Geld die Landkreise und kreisfreien Städte tatsächlich in die Beratung, Anmeldung und Kontrolle von Prostituierten investieren. „Die Kommunen dürfen auf den Mehrkosten nicht sitzen bleiben“, fordert NSGB-Sprecher Bullerdiek.

Die Ausgestaltung dieser repräsentativen Stichprobe ist jedoch nur ein Thema, über das Ministerium und kommunale Spitzenverbände bei ihrem nächsten Treffen reden wollen. Es wird auch um Schwierigkeiten gehen, die nichts mit Geld zu tun haben. „Auch im Vollzug des Gesetzes gibt es noch Unklarheiten“, sagt der Städtetag-Sprecher. Das betreffe etwa die Frage, wer Dolmetscher stellt, um für die nicht deutschsprachigen Prostituierten die Kommunikation zu übersetzen. Und wie die Prüfung von Bordellen genau ablaufen solle. „Es ist ein Gesetz mit vielen Aspekten, deshalb werden wir in den kommenden Jahren mit dem Land noch öfter Gespräche führen müssen“, sagt der Städtetag-Sprecher.

Ein Glyphosatverbot muss gut vorbereitet sein

Die Europäische Union hat die Entscheidung über die weitere Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat vertagt.

Der böse Chemieriese kommt eigentlich ganz zahm daher: „Unsere Produkte gehören zu den weltweit am häufigsten getesteten und ihre Sicherheit wurde von unabhängigen Prüfern bestätigt“, heißt es auf der Webseite von Monsanto, einem der weltweit führenden Hersteller von Pflanzen- und Insektenschutzmitteln. Und: „Wir reduzieren die Auswirkungen auf die Umwelt, wann immer wir können“. Allerdings ist Monsanto der Produzent des Breitbandherbizids Glyphosat. Unter dem Namen „Roundup“ verkauft das Unternehmen das Herbizid, das nahezu allen Pflanzen auf Wiesen und Äckern den Garaus macht, es sei denn, sie sind dagegen immun gezüchtet. Dass das Mittel krebserregend ist, ist nicht bewiesen, aber auch nicht abschließend belegt. Dennoch wächst der politische Widerstand, ein Verbot scheint aufgeschoben, aber unausweichlich. Die gute Nachricht daran ist: Das Bewusstsein für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur in Europa steigt, nun könnte ökologische Verträglichkeit vor Gewinnmaximierung zur Triebfeder bei der Entwicklung von Pflanzen- und Tierschutzmitteln werden. Die schlechte Nachricht ist: Glyphosat dominiert den Markt, ein Großteil der Landwirte nutzt es. Wird das Gift nun verboten, treibt es die Bauern entweder in den Ruin, weil wirkgleiche oder schonendere Produkte teurer sind, oder es treibt sie zu weitaus gefährlicheren Substanzen.

Es reicht deshalb nicht, Glyphosat pauschal zu verbieten und sich dann höchstens noch um den zu erwartenden Rechtsstreit mit Monsanto zu kümmern. Das Verbot muss den Landwirten und Entwicklern auch Zeit zum Umstellen einräumen. Die Aussicht auf ein Verbot dürfte die Forschung nach umweltverträglicheren Pflanzenschutzmitteln ankurbeln, allerdings wird ein Produkt, das Glyphosat ersetzen kann und zudem kostengünstig ist, kaum innerhalb eines Jahres marktreif sein. Hier muss den Forschern Zeit gegeben werden, um neue Wirkstoffe ausgiebig zu testen und auszuloten, wie man sie möglichst billig herstellen kann. Die Landwirte wiederum brauchen Zeit, um ein für sie finanzierbares Übergangskonzept zu entwickeln und sich über den Markt zu informieren. Denn es ist keine Alternative, wieder mit Hacke und Schaufel aufs Feld zu gehen und das Unkraut von Hand auszugraben. Das dürfte auch den ärgsten Glyphosat-Kritikern einleuchten.

Dieser Umstellungsprozess kann sich jedoch länger als die momentan als Übergangszeit angepeilten drei bis fünf Jahre hinziehen. Deshalb ist die Politik gefragt. Sie muss Geld in die Forschung investieren, sodass das Entwickeln von ökologisch verträglichen Unkrautvernichtern lukrativ wird. Gleichzeitig muss sie den Landwirten finanzielle Unterstützung in Aussicht stellen, die sich teurere Mittel als Glyphosat nicht leisten können. Und sie muss Verbrauchern und dem Lebensmittelhandel deutlich machen, dass Umweltbewusstsein und Billiglebensmittel nicht Hand in Hand gehen. Wie die Entwicklung der Ökolandwirtschaft zeigt, sind Verbraucher durchaus bereit, mehr für Äpfel, Karotten und Brot zu bezahlen, wenn sie wissen, dass der Bauer auf den Naturschutz achtet. Doch das darf keine Frage eines Lebensgefühls oder einer Ideologie sein. Es muss wieder „normal“ werden, mit der Natur zu leben und auf sie zu achten. Denn das haben die Verbraucher in den vergangenen 150 Jahren verlernt.

Heiligenstadt gibt auf

„Der Rückzug der Kultusministerin ist ein konsequenter und richtiger Schritt. Damit macht sie den Weg frei für den notwendigen Neuanfang in der niedersächsischen Bildungspolitik, in der sie einen Scherbenhaufen hinterlässt. Jüngstes Beispiel sind die Abordnungen zahlreicher Gymnasiallehrer an Grundschulen. Frau Heiligenstadt trägt die Verantwortung für die kontinuierlich sinkende Unterrichtsversorgung und die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion. Die GEW klagt gegen sie wegen der Arbeitsbelastung an Grundschulen. Das Verhältnis der Lehrer zu ihrer Dienstherrin hat gelitten – ebenso das Vertrauen von Eltern und Schülern in die Zuverlässigkeit des niedersächsischen Bildungssystems. Ein personeller Neuanfang ist der erste Schritt, um endlich Ruhe an unseren Schulen zu bekommen. Schließlich geht es um die beste Bildung für unsere Kinder,“ erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernd Althusmann

Der Spruch in der Mitte

„Wenn die Regierung Chaos produziert, dann sollte eine kluge Opposition nicht davon ablenken.“

Wolfgang Schäuble, (CDU)
Bundestagspräsident

Warum wir kein Schulfach Programmieren brauchen

Jeder zehnte Jugendliche in Deutschland im Alter zwischen 10 und 18 Jahren kann programmieren. Das hat der Digitalverband Bitkom ausrechnen lassen und plädiert für das Schulfach Programmieren.

In den nächsten zwanzig Jahren könnte die Hälfte aller Aufgaben von Maschinen oder Computern erledigt werden, schätzt Bitkom-Präsident Achim Berg. Davon seien alle Branchen betroffen. Der Verband fordert, die Arbeitskräfte von morgen darauf besser vorzubereiten, indem sie bereits in der Schule das Programmieren lernen. Die Forderung ist nicht neu, sondern wird bereits seit mehreren Jahren immer wieder diskutiert. Überhaupt sind viele mit Forderungen nach neuen Schulfächern häufig auffällig schnell bei der Hand. Neben dem Programmieren geht es auch immer wieder um das Fach Ernährung, Finanzen oder auch Wirtschaft, weil wir angeblich zumeist ökonomische Analphabeten sind – sagen zumindest Ökonomen.

Wenn unsere Kinder aber in den Schulen jetzt lernen sollen, wie man programmiert, besser isst, mit Geld umgeht und eine Unternehmensbilanz richtig liest, fehlt Zeit für die wichtigen Grundlagen, die nach wie vor der entscheidende Bestandteil einer guten und breiten Bildung sein sollten. Schwächen in den Grundlagen Lesen, Schreiben und Rechnen werden bereits heute immer wieder festgestellt und beklagt. Statt sich aber kritisch damit auseinanderzusetzen, wie man das Grundlagenwissen der Schüler stärken kann, wird mit jeder neuen Forderung eine neue Schulfach-Idee durchs bildungspolitische Dorf getrieben.

Es wäre natürlich zu begrüßen, wenn sich interessierte Kinder in AGs in den Schulen mit dem Programmieren beschäftigen. Und vielleicht wird es für den einen oder anderen ja sogar die Grundlage für eine berufliche Zukunft sein. Das bedeutet aber nicht, dass es ein Pflicht-Schulfach für 30 Schüler in der Klasse werden muss – wo sollten auch all die IT-Lehrer plötzlich herkommen? Die Schule ist kein Ausbildungsbetrieb für einzelne Branchen.

Ja, das Berufsleben unserer Kinder wird sich möglicherweise deutlich von unseren beruflichen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte unterscheiden. Die Frage ist jetzt, wie wir unsere Kinder am besten darauf vorbereiten. „Wer programmieren kann, kann programmieren - was aber dringend und immer schmerzlicher fehlt, ist ein Verständnis der Zusammenhänge einer digital vernetzten Welt und nicht ihrer kleinsten Bausteine“, schreibt der Autor und Journalist Sascha Lobo. Die Fähigkeit des Programmierens allein wird unseren Kindern nicht den Weg in die Zukunft weisen. Bereits heute sind wichtige und wirtschaftlich erfolgreiche Persönlichkeiten der Digitalunternehmen nicht zwingend Programmierer. Was sie auszeichnet, ist häufig eine breite Bildung, die sie genossen haben und die sie befähigt, intellektuell über den Tellerrand zu schauen.

Das Programmieren selbst wird wie bisher ein Teilbereich der künftigen Berufswelt sein. Richtig ist, dass es nicht mehr in die „Nerd-Ecke“ unserer Jugend gehört und künftig einen größeren Platz einnehmen wird. Das macht es aber nicht automatisch zu einem neuen Pflichtfach in den Schulen. Für die Schüler gilt: Ruhe bewahren und erst einmal die Hausaufgaben in Deutsch, Englisch und Mathe erledigen. Das ist schon einmal eine gute Vorbereitung für die Zeit nach der Schule.

Fahrradpreis 2018

Der Deutsche Fahrradpreis 2018 ist gestartet worden. In der Zeit vom 01.09. - 15.11.2017 werden die besten Projekte der Radverkehrsförderung gesucht. Ausgezeichnet werden richtungweisende Projekte und Maßnahmen, die das Radfahren fördern, erleichtern oder überhaupt erst ermöglichen, z.B. Radschnellweg, Fahrradparkhaus, Handy-App mit nützlichen Tipps, Verleihsystem für Lastenräder oder besondere Kampagnen. Im Januar 2018 werden die Gewinner in den Kategorien „Infrastruktur“, „Service“ und „Kommunikation“ ausgewählt und mit je 3.000 Euro prämiert. Die Preisverleihung ist am 22. Februar 2018 in Essen. Einsendeschluss ist der 15. November 2017. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt die Idee und die Durchführung des Wettbewerbes.

Breitbandausbau - Mittelabfluss schwächelt

Von den 554,24 Millionen Euro, die 2016 im Bundesförderprogramm bereitgestellt wurden, sind bislang nur 0,96% (=5,29 Millionen Euro) abgeflossen. Nur 7,1% der deutschen Haushalte besaßen 2016 eine Breitbandzugang durch Glasfasertechnologie auf der letzten Meile (FTTH: Fibre to the home). Das stellt sich in den einzelnen Bundesländer unterschiedlich da: Berlin belegt mit 0% den letzten Platz, Hamburg führt mit 70,9%, Niedersachsen liegt mit 4,7% weit unter dem Bundesdurchschnitt. Zum „Sonderförderprogramm Gewerbegebiete“ sind bislang nur vier Anträge - drei aus Nordrhein-Westfalen und einer aus Baden Württemberg eingegangen. Ende 2016 hatten 75,5% der Haushalte in Deutschland einen Internetanschluss mit einer Mindestgeschwindigkeit von 50Mbit/s. mit 89,5% lag der Anteil der schnellen Internetanschlüsse in städtisch geprägten Regionen deutlich über dem in eher ländlich geprägten Regionen mit 33,8%.

Vielen Unternehmern in Niedersachsen fehlen die Nachfolger

Unternehmensnachfolger sind in Niedersachsen gegenwärtig Mangelware. Das sagt Horst Schrage, Hauptgeschäftsführer der IHK Niedersachsen (IHKN) und bezieht sich auf Zahlen des aktuellen IHK-NNachfolge-Reports. Demnach hat nur jeder fünfte Unternehmer im Alter zwischen 55 und 74 Jahren seine Nachfolge im Unternehmen verbindlich geregelt. „Die Mehrheit der Unternehmer bewegt sich leider auf dünnem Eis. Wenn der Ernstfall eintritt, wird es viele Unternehmen kalt erwischen“, meint Schrage. An Nachfolgern mangle es, weil potenzielle Kandidaten auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt viele Alternative hätten. Zudem sei es in Familienunternehmen kein Automatismus mehr, dass Tochter oder Sohn in die Fußstapfen treten.

Den Daten zufolge planen 39 Prozent der Unternehmer mit einer Nachfolge innerhalb der Familie, 36 Prozent, suchen außerhalb des Unternehmens nach einem geeigneten Kandidaten. In einem Viertel der Firmen ist eine unternehmensinterne Nachfolge vorgesehen. An der Umfrage hatten sich rund 500 Unternehmer in Niedersachsen beteiligt. Der Politik schreibt die IHKN unter anderem ins Stammbuch, die beschlossene Erbschaftsteuerreform „schnell mittelstandsgerecht umzusetzen“. In den Schulen sollten bundesweit die Themen Unternehmertum und Wirtschaft verankert werden.

„Heiner sinniert“

8.500 km liegen zwischen Berlin und Jamaika. Schwarz, Gelb, Grün, die Berliner Scene beschreibt in den letzten Wochen nur dieses Thema. Irgendwie hat man den Eindruck, ein Hype geht durch die Republik. Hoffentlich steht am Ende nicht das böse Erwachen.

Angela Merkel hat sich eine Herkulesaufgabe vorgenommen, die unterschiedlichen Politikfelder zusammenzuführen. Die CDU abgestürzt, die CSU unter Schock, die SPD erklärt, sie sei für die Opposition gewählt. Nun soll die Kanzlerin es richten, wer denn sonst?

Es wird ein schwieriger und langer Weg. Es müssen Kompromisse her, das kann die Kanzlerin!

Es müssen langfristige Konzepte entwickelt werden, das politische Tagesgeschäft holt uns sehr schnell ein. Die CDU muss sich sehr schnell und sehr deutlich programmatisch neu aufstellen. Wichtig ist dabei, dass die Mitglieder mitgenommen werden. Nur Stimmungen und Abstimmungen auf Parteitag reichen da nicht aus.

Hier finden Sie den Landtagsabgeordneten im November 2017

(Änderungen vorbehalten, Stand 30.10.2017)

Mi 1. Nov. 2017	14:00 CDU Landtagsfraktion - Landtag Hannover 17:30 Stiftungsrat zukunftswerkstatt buchholz
Do 2. Nov. 2017	17:00 Eröffnung "Schaumagazin" der Kunststätte Bossard
Fr 3. Nov. 2017	09:00 EWE AG - Oldenburg
So 5. Nov. 2017	12:00 Wahlparty - Bernd Althusmann - Karoxbosteler Mühle
Mo 6. Nov. 2017	09:00 EWE AG - Oldenburg 19:00 Wirtschaftstag der Volksbank Lüneburger Heide Stadthalle Winsen
Do 9. Nov. 2017	16:00 Tag der Wirtschaft - VGH - Hannover
Fr 10. Nov. 2017	18:00 Herrenabend 2017 - Privathotel Lindtner Hamburg
Sa 11. Nov. 2017	18:00 Hubertus-Messe - Johanniskirche zu Tostedt
Di 14. Nov. 2017	Plenum - Hannover 12:30 CDU Landtagsfraktion Vorstand - Landtag Hannover 14:00 CDU Landtagsfraktion - Landtag Hannover
Mi 15. Nov. 2017	Plenum - Hannover 18:30 Fest der Jubilare der Kreishandwerkerschaft Hof Oelkers - Klauenburg
Do 16. Nov. 2017	10:00 Pipelineforum 2017 - Vorwerk KG - Steigenberger Hotel Hamburg 19:00 Kultur-Denkmale zwischen Geest und Marsch - Marstall Winsen
Fr 17. Nov. 2017	09:00 EWE AG - Oldenburg
Do 23. Nov. 2017	18:00 Buchholzer Wirtschaftsrunde - Vessens Hoff Trelde
Mo 27. Nov. 2017	09:00 EWE AG - Oldenburg

Der Spruch am Ende

„Die Demokratie darf nicht so weit gehen, dass in der Familie darüber abgestimmt wird, wer der Vater ist.“

Willy Brandt (SPD)
Bundeskanzler a.D. (1913-1992)

Heiner Schönecke für Sie im Niedersächsischen Landtag

Möchten Sie Heiner Schönecke im Landtag in Hannover besuchen?

Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie an, damit wir einen Termin vereinbaren können:

Möchten Sie oder Ihre Freunde und Bekannte den „Landtag – aktuell“ per E-Mail beziehen, oder möchten Sie aus dem Verteiler gelöscht werden, so genügt eine kurze Mitteilung an mein Wahlkreisbüro:

**Wahlkreisbüro Heiner Schönecke
Fliegenmoor 24
21629 Neu Wulmstorf-Elstorf
Tel. 04168 / 91 31 31
Fax 04168 / 91 31 98
E-Mail: heiner@schoenecke.de**

... und hierüber hat der Landtagsabgeordnete heute gelacht:

Vielfalt statt Einfalt

Dein Auto japanisch,
dein Wodka russisch,
deine Pizza italienisch,
dein Döner türkisch,
deine Demokratie griechisch,
dein Kaffee brasilianisch,
deine Filme amerikanisch,
dein Handy chinesisch,
dein Whiskey aus Schottland,
deinen Urlaub verbringst Du in Spanien,
Kroatien, Albanien oder Frankreich,
deine Zahlen sind arabisch,
deine Schrift lateinisch,
deine Bibel ist im Original auf Hebräisch geschrieben ...

und du sagst immer noch: Ausländer raus?

Quellen z.T.: „Rundblick“, NSGB, IWD, Ratsbrief, Rathaus und Umwelt, CICERO